

Datum: 19.12.2016 Uhrzeit: 8.00 Zimmernummer: 7

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
<b>Bern. Staats- und Verwaltungsrecht</b>	Nuspliger	<p>(Ein Fall wird zum Lesen abgegeben und den Anwesenden kurz zusammengefasst: Herr A hat eine Bewilligung für den Umbau eines bestimmten Hauses erhalten. Geplant ist ein neuer Anbau, ein Umbau eines Wohnteils sowie der Bau eines von aussen zugänglichen Geräteraums. A baut nun bewusst anders als bewilligt, nämlich mit Fenstern und erstellt einen Wohnraum anstatt einen Geräteraum. Daraufhin wird A. die Wiederherstellung angeordnet)</p> <p>Was können Sie als Anwalt von A tun?</p> <p>Was tun Sie bzgl. dem Benützungsverbot?</p> <p>Sprechen Sie nun vom Benützungsverbot oder der Wiederherstellung?</p> <p>Hat Beschwerde aufschiebende Wirkung?</p> <p>Wichtiger für den Klient ist das Wiederherstellungsproblem. Was tun sie diesbezüglich?</p> <p>A will eine Änderung (Projektänderung)..Dies kann man auch beantragen?</p> <p>Wie sind die Chancen?</p> <p>Es ist eine Frage der konkreten Ausgestaltung; Trennung Geräte-Wohnen muss möglich sein.</p> <p>Hat A als böswilliger Anrecht auf ein verhältnismässiges Verhalten der Behörden? Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit gilt auch</p>	<p>Wir sind im Themenbereich der Baupolizei, Art. 47 BauG. Nach Art. 42 II b wurde Wiederherstellungsverfügung erlassen. Man könnte um nachträgliche Baubewilligung ersuchen. Diese führt zur Aufhebung der Wiederherstellungsverfügung.</p> <p>Die Verfügung ist sofort vollstreckbar, die Rechtspflege ist in Art. 49 geregelt. Beschwerde innert 30 Tagen erheben und aufschiebende Wirkung verlangen.</p> <p>Vom Benützungsverbot</p> <p>Nein. Muss beantragt werden.</p> <p>Ein Gesuch um nachträgliche Baubewilligung einreichen.</p> <p>In Art. 46 BauG ist dies nicht vorgesehen. Aber im Rahmen der nachträglichen Baubewilligung kann er eine Projektänderung eingeben.</p> <p>Ist nicht grundsätzlich ausgeschlossen</p> <p>Es gilt die Grundrechte abzuwägen.</p>

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

		<p>gegenüber Bösgläubigen</p> <p>Wie ist der Instanzenzug?</p> <p>Ist vor dem VGE noch eine Projektänderung möglich?</p> <p>Nach welchen Regeln werden die Mitglieder des Regierungsrates gewählt?</p> <p>Wie wird er berücksichtigt?</p> <p>Ist es möglich, Maiorz anstatt Proporzwahl einzuführen?</p> <p>Man möchte politisch Proporzwahl, aber Jurasitz garantieren. Ist es möglich?</p> <p>Welche Bedeutung hat der Satz von Art. 80 I KV?</p> <p>„Art. X in Finanzhaushaltsverordnung sei zu ändern“. Kann dies der Grosse Rat mit Motion beantragen?</p> <p>Was kann dann der Grosse Rat machen? Kann er sich durchsetzen?</p> <p>Grosser Rat kann das Gesetz ändern, so dass die Verordnung gesetzwidrig wird. Verordnung kann er nicht direkt ändern.</p> <p>Einen Satz noch zum Kollegialitätsprinzip?</p>	<p>Beschwerde VGE gemäss Art. 79 II BauG</p> <p>Es ist zu prüfen, ob es sich nicht um ein Novum handelt.</p> <p>Vom Volk gewählt. Mehrheitsentscheid. Muss es aber in Kantonsverfassung nachlesen. Art. 54 b KV und 85 KV, Jura hat Anspruch auf einen garantieren Sitz</p> <p>Ist in Art. 25 IV KV geregelt.</p> <p>Eine Verfassungsänderung wäre nötig.</p> <p>Schwieriger. Er/Sie müsste zuerst Schwelle erreichen oder es bräuchte eine Spezialregelung.</p> <p>Der Grosse Rat kann Regierungsrat Aufträge erteilen.</p> <p>Antrag erteilbar, dass Finanzverordnung zu ändern sei. Regierungsrat kann es zur Kenntnis nehmen, kann es aber ablehnen.</p> <p>Glaube nicht.</p> <p>Regierung muss nach aussen einheitlich auftreten, die Meinung nach aussen muss einheitlich sein</p>
--	--	--	--

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Grädel	Kann Landesverweigerung im Strafbefehlsverfahren durchgeführt werden?	Eine Strafe kann mit einer Massnahme verbunden werden
		Art. 66a StGB regelt die Landesverweisung	Nach StGB geht es im Strafbefehlsverfahren, aber es dünkt mich schwierig.
		Art. 352 Abs. 2 StPO?	Verweist auf Art. 66-73 StGB, Landesverweisung ist aber Art. 66a StGB. Dann kann Landesverweisung nicht gemacht werden im Strafbefehlsverfahren.
		Wäre denn im Rahmen der Ausschaffungsinitiative sinnvoll gewesen, die Landesverweisung im Strafbefehlsverfahren einzuführen?	Ja, aber die Rechte der Verwiesenen kommen zu kurz.
		Ein Gericht kann einen Härtefall annehmen. Kann Staatsanwalt das auch im Strafbefehlsverfahren?	Es kann im Strafbefehlsverfahren ein Härtefall geprüft werden.
		Das wird noch diskutiert.	
		Muss Staatsanwalt das dokumentieren, wenn auf Landesverweisung verzichtet wird wegen einem Härtefall? Ist es im Dispo des Strafbefehls auszuführen?	Nein, nicht im Dispo. Dort wird nur die Strafe aufgeführt. In der Begründung des Strafbefehls könnte es aber ausgeführt werden.
		Der Staatsanwalt beantragt Landesverweisung, das Gericht lehnt ab. Muss Gericht etwas dazu ausführen? z.B. dass Landesverweisung geprüft wurde?	Ja, das Gericht muss die Annahme des Härtefalls begründen und damit auch die Landesverweisung diskutieren.
		Kommt es ins Dispo des Urteils?	Es wird festgestellt, dass auf Landesverweisung verzichtet wird.
		Und im Einzelrichterfall, wenn keine Begründung erfolgt?	
		Das sind noch offene Fragen, die noch nicht entschieden wurden	
		Hat Privatkläger Einspracheberechtigung bei Verzicht auf Landesverweisung im Strafbefehlsverfahren?	
		Art. 354 StPO erwähnt es nicht. Ist aber möglich, wenn Zivilforderung besteht, da dann ein privatrechtliches Interesse vorhanden ist	

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

		<p>Muss über Zivilansprüche Beweis geführt werden?</p> <p>Was für eine Wirkung hat ein Urteil auf zivilrechtliche Ansprüche?</p> <p>Nehmen Sie an, ein Strafbefehl wurde ausgestellt, die Zustellung erfolgt eingeschrieben, wird aber nicht abgeholt.</p> <p>Welche Voraussetzung muss noch gegeben sein?          Es muss ein Prozessrechtsverhältnis vorliegen. Dann gilt es als zugestellt. Es ist umstritten, was für die Annahme eines Prozessrechtsverhältnisses genügt.</p> <p>Kann Staatsanwaltschaft Beschwerde kammerentscheid anfechten? Wenn ja, wo?</p> <p>Nein, kann nicht anfechten, denn es ist ein Zwischenentscheid.</p>	<p>Nur, wenn die Zivilansprüche im Rahmen des Strafverfahrens auftauchen.</p> <p>Schuldanerkenntnis. Im SchKG ist es ein definitiver Rechtsöffnungstitel</p> <p>Gilt als zugestellt</p> <p>(keine Antwort)</p> <p>Nein, kann es nicht anfechten.</p>
--	--	---	--

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Brönnimann	<p>(Fall zum Lesen wird überreicht. Den Anwesenden wird er kurz vorgestellt: Es handelt sich um eine Streitigkeit betreffend Aktionärsbindungsvertrag (ABV) zwischen A AG und B AG in Bezug auf C AG. Die Parteien haben Differenzen. A AG kündigt den ABV aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung)</p> <p>Sie sind Anwalt der B AG. Kann etwas gemacht werden, wenn ja was?</p> <p>Wie lautet das Rechtsbegehren?</p> <p>Das ist materiell nicht richtig. Was müssen Sie einklagen?</p> <p>In zwei Monaten finde eine GV statt und A AG kündigte an, dass Vertreter der B AG nicht gewählt werde. Nun drängt es also...</p> <p>Rechtsbegehren?</p> <p>Wer macht's? Also wer ist sachlich zuständig in Bezug auf die vorsorgliche Massnahme?</p> <p>Wenn nun der Verfügungsgrund fehlen würde?</p> <p>Sie machen das. Die Gegenseite, also die A AG, mist der Meinung, der Streitwert sei maximal 10'000.-. Wie reagieren sie?</p> <p>Die Klageantwortfrist läuft heute ab. Wie gehen Sie vor?</p> <p>Das würde ich nicht tun.</p> <p>Fristerstreckung. Sie machen zudem Antrag auf Beschränkung des Verfahrens auf die Frage der sachlichen Zuständigkeit aufgrund des umstrittenen</p>	<p>Der ABV ist ein Vertrag. Man könnte Klage erheben.</p> <p>Die Kündigung des ABV sei aufzuheben.</p> <p>Feststellungsbegehren, dass Kündigung nicht rechtswirksam ist.</p> <p>Vorsorgliche Massnahme ist angezeigt</p> <p>Die A AG sei anzuweisen, den Verwaltungsrat zu wählen. (Die Voraussetzungen für eine vorsorgliche Massnahme nach ZPO werden kurz erläutert.: Verfügungsanspruch, Verfügungsgrund und Dringlichkeit)</p> <p>Beide Parteien sind AG. Es ist zu prüfen, ob das HGer zuständig ist. Art. 6 II ZPO. Art. 6 V ZPO, ja HGer ist zuständig. (Voraussetzungen dargelegt)</p> <p>Dann könnte man ein Feststellungsbegehren stellen.</p> <p>Ich stelle einen Nichteintretensantrag.</p> <p>Ich stelle den Antrag, superprovisorisch sei der Streitwert festzustellen</p> <p>ich stelle ein Fristverlängerungsgesuch.</p>

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

		<p>Streitwerts. Ist das möglich?          (Schauen Sie in der ZPO bei Prozessleitung)</p> <p>Wer entscheidet über den Antrag der          Verfahrensbeschränkung?</p> <p>Der Antrag wird gutgeheissen. Wie geht es weiter?          Mit welchem Gremium betreffend Streitwert?</p> <p>Sie hätten die Fristerstreckung verpasst und ohne          materielle Beurteilung einen Antrag eingesandt.</p> <p>Schauen Sie beim Schriftenwechsel im          Hauptverfahren, dort finden sie einen          Rettungsanker...</p> <p>Ist ein Zuständigkeitsentscheid anfechtbar?</p>	<p>Art. 124 ff. ZPO. Gemäss Art. 125 kann das Gericht dies tun. Der Anwalt kann das also beantragen.</p> <p>Der Präsident des HGer gestützt auf EG ZSJ</p> <p>Das HGer, ganzes Kollegium fällt Entscheid</p> <p>Man könnte evt. die Wiederherstellung der Frist beantragen, Art. 148 ZPO?</p> <p>Art. 223 versäumte Klageantwort</p> <p>Es ist ein Zwischenentscheid. Deshalb nur anfechtbar, wenn ein nicht wiedergutzumachender Nachteil droht</p>
--	--	--	--

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Häberli	<p>(Ein Fall wird dem Kandidaten vorgelegt, aber leider den Anwesenden nicht vorgelesen oder erläutert.)</p> <p>Welche Steuern kommen in Frage?</p> <p>Wo wäre eine HÄSt geschuldet?</p> <p>Wir haben hier zwei Geschäfte</p> <p>Und Frau X?</p> <p>Wo ist diese geregelt im Bund und im Kanton?</p> <p>Frau X ersucht um ihren Rat. Was sagen sie ihr in Bezug auf die GGSt?</p> <p>Sind Sie sicher, dass GGSt geschuldet ist? Das hängt doch von einigen Faktoren ab...?</p> <p>Was muss davon klar abgetrennt werden?</p> <p>Was passiert mit denen?</p> <p>(Eine Ergänzung des Sachverhalts wird dem Kandidaten vorgelegt, aber den Anwesenden nicht zur Kenntnis gebracht. Deshalb sind leider auch die Fragen und Antworten nicht richtig nachvollziehbar)</p> <p>Könnte man das heute noch bestimmen? Was ist relevant?</p> <p>Dumont Praxis wurde von der Rechtsprechung des BGer begründet. Wie wurde sie abgeschafft?</p>	<p>Grundstückgewinnsteuer (GGSt) und Handänderungssteuer (HÄSt). Die HÄSt daher, weil Frau X ihr Stockwerkeigentum an ihre Tochter verkauft. Es muss geprüft werden, ob eine Ausnahme vorliegt nach Art. 12 HG.</p> <p>Auf dem Erlös für den Verkauf.</p> <p>Beim Verkauf von Frau X an Tochter, würde bei der Tochter die HÄSt anfallen</p> <p>Für den Verkauf müsste Frau X die GGSt bezahlen. Im Bund nicht, dies ist eine kantonale Steuer und im bernischen Steuergesetz geregelt.</p> <p>Ein Aufschub wäre möglich. Hier liegt ein Kauf einer Ersatzliegenschaft vor.</p> <p>Vom Preis. Also vom Erwerbspreis, den Anlagekosten, allfälligen Wertvermehrungen und Besitzesdauer. Und von Aufwendungen, die mit dem Verkauf untrennbar verbunden sind.</p> <p>Unterhaltskosten sind abzutrennen.</p> <p>Diese können steuerlich bei der Einkommenssteuer in Abzug gebracht werden.</p> <p>Ich frage sie, was sie für Arbeiten gemacht hat.</p> <p>Relevant ist, was sie steuerlich nicht abziehen konnte. Die Dumont Praxis. Baulich schlechter Zustand, Notwendigkeit der Arbeiten etc. wird erläutert vom Kandidaten.</p> <p>Durchs BGer. Es hat die Praxis nicht mehr angewandt.</p>

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

Wie hoch sind die Anlagekosten, wenn Frau X keine Abüge machen konnte und Auslagen von Fr. 20'000.- hatte?

Wie hoch ist der Rohgewinn?

Was sagen Sie Frau X bzgl. Steuerfolgen?

Verkaufsfolge mit neuer Immobilie?

Da sind wir noch nicht.

Es besteht hier eine Kette von Geschäften. Was ist zu beachten?

Was ist zu prüfen bzgl. der Besitzesdauer zugunsten von Frau X? Habe an den Konnex der Geschäfte gedacht, was ist störend?

Dann gehe ich davon aus, dass 400'000.- .....(?nicht nachvollziehbar, da dem Publikum keine Zahlen aus dem Fall bekannt sind)

Minus Fr. 20'000.-, d.h. Null.

Keine Steuerfolge.

Anlagekosten 560'000.-, keine Besitzdauer (wird unterbrochen vom Examinator)

Grundstückgewinn 90'000.-

Der Rohgewinn reduziert um den Besitzesdauerabzug ergibt 70'000.- Zuschlag nach Art. 147 StG von 70% bei Haltedauer von weniger als 1 Jahr

Auf 800'000.- musste sie keine GGSt zahlen, später zahlte sie weniger, weil sie eine kleine Wohnung hatte.

Vielleicht hat Frau X zu günstig an die Tochter verkauft, es könnte eine gemischte Schenkung sein.